

Koordinationsgruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen (MaF)

info@amnesty-frauen.de – Facebook: @amnesty.women – Twitter: @AmnestyFrauen – Instagram: @amnestywomen

Safe Abortion Day am 28.09.2022

USA: Das Recht auf Abtreibung ist in Gefahr!

(Dominique Renault – Stand: 29. August 2022)

Aktuelle Rechtslage

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch war in den USA auf Bundesebene durch das Urteil des Obersten Gerichtshofs Roe v. Wade seit 1973 geschützt. Am 24. Juni 2022 hat das US-amerikanische Supreme Court das Recht auf Schwangerschaftsabbruch mit der Begründung aberkannt, dass das materielle Recht auf Schwangerschaftsabbruch nicht "tief in der Geschichte oder Tradition der Nation verwurzelt" sei. Das Urteil ebnet den Weg für die Bundesstaaten, Schwangerschaftsabbrüche zu verbieten.

Ab August 2022 sind Schwangerschaftsabbrüche in 17 Staaten ganz oder fast ganz verboten. Und es werden noch mehr Staaten folgen. Insgesamt ist der Zugang zu einem legalen und sicheren Schwangerschaftsabbruch in 26 von 50 Staaten ernsthaft bedroht.

Hintergrund

Roe v. Wade war eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA im Jahr 1973. Das Gericht entschied, dass das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung der USA verankert und geschützt ist. Mit dieser Entscheidung wurden die zahlreichen bundes- und einzelstaatlichen Abtreibungsgesetze aufgehoben.

Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ist in den USA hochgradig politisiert. Die Entscheidung vom Supreme Court am 24.06.2022 ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Kampagne zur Kontrolle des Körpers von Frauen, Mädchen und Menschen, die schwanger werden können. Amnesty International befürchtet, dass sie den Weg für eine staatliche Gesetzgebung zur Kriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ebnen wird. Gesetze werden befürchtet, die auf Geburtenkontrolle und die LGBTQIA-Rechte abzielen. Abtreibungsgegner*innen haben jahrzehntelang darauf hingearbeitet, staatliche Abtreibungsverbote durchzusetzen und gleichzeitig konservativere Gerichte auf allen Ebenen zu schaffen, auch auf der höchsten Ebene des Obersten Gerichtshofs.

Was bedeutet das Verbot? Wen trifft es besonders?

Von nun an werden ungewollt Schwangere gezwungen, Schwangerschaften gegen ihren Willen auszutragen. Wenn sie es sich nicht leisten können, tausende Kilometer in einen anderen Bundesstaat zu reisen, werden sie gezwungen, sich auf unsichere Schwangerschaftsabbrüche einzulassen, die ihre Gesundheit und ihr Leben gefährden können. Die Anzahl unsicherer Schwangerschaftsabbrüche wird wahrscheinlich steigen ebenso wie die Müttersterblichkeitsrate. Besonders marginalisierte Menschen benachteiligt dies noch einmal mehr. Diese neue Situation dürfte sich besonders stark auf Schwarze und indigene Frauen, Minderheiten angehörende Frauen und Mädchen, LGBTQIA+ Menschen und Menschen mit geringem Einkommen auswirken, die sich die Reise in andere Bundesstaaten nicht leisten können.

Koordinationsgruppe Menschenrechtsverletzungen an Frauen (MaF)

info@amnesty-frauen.de – Facebook: @amnesty.women – Twitter: @AmnestyFrauen – Instagram: @amnestywomen

Aussicht

Amnesty International fordert, dass eine Grundlage für die Zukunft geschaffen wird, um das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zu garantieren.

Präsident Biden hat begrenzte, aber wichtige Anstrengungen auf Bundesebene angekündigt.

Eine landesweit repräsentative Umfrage, die von Hart Research im Jahr 2021 durchgeführt wurde, ergab, dass 61 % der Wähler*innen die Verabschiedung eines nationalen Gesetzes befürworten, das das verfassungsmäßige Recht auf Zugang zum Schwangerschaftsabbruch schützt, indem es einen landesweiten Schutz gegen Verbote und medizinisch unnötige Einschränkungen des Schwangerschaftsabbruchs schafft. Das geplante Gesetz zum Schutz der Gesundheit von Frauen (Women's Health Protection Act) würde genau das erreichen.

Der Women's Health Protection Act ist ein Gesetzentwurf, der die Bestimmungen von Roe v. Wade mit dem Schutz vom Recht auf Schwangerschaftsabbruch beinhaltet. Dieser Gesetzentwurf wurde von einer Kammer der US-Regierung, dem Repräsentantenhaus, in einer historischen Abstimmung im September 2021 verabschiedet. Bis jetzt ist dem Gesetz in der zweiten Kammer, dem Senat, nicht zugestimmt worden. Die letzte Abstimmung fand am 11. Mai 2022 statt. Alle 50 republikanischen Senatoren und ein Demokrat stimmten gegen den Gesetzentwurf, während 49 Demokraten dafür stimmten.

Quellen:

- Texas violently strips away right to abortion (01.09.2021)
<https://www.amnestyusa.org/press-releases/texas-violently-strips-away-right-to-abortion/>
- U.S. Backsliding on global gains in abortion rights (28.09.2021)
<https://www.amnestyusa.org/press-releases/us-backsliding-on-global-gains-in-abortion-rights/>
- USA: If confirmed, Supreme Court decision could endanger abortion rights around the world (3.5.2022) - www.amnesty.org/en/latest/news/2022/05/usa-if-confirmed-supreme-court-decision-could-endanger-abortion-rights-around-the-world/
- USA: Stop the roll back on abortion rights in the USA (08.06.2022) - www.amnesty.org/en/petition/stop-the-roll-back-on-abortion-rights-in-the-usa/
- USA: Entscheidung des obersten Gerichtshofs verletzt Recht auf Schwangerschaftsabbruch (24.06.2022) - www.amnesty.de/informieren/aktuell/usa-entscheidung-des-obersten-gerichtshofs-verletzt-recht-auf-schwangerschaftsabbruch
- USA: Supreme court decision to overturn Roe v. Wade marks grim milestone in history of the United States (24.06.2022) - www.amnesty.org/en/latest/news/2022/06/supreme-court-decision-overturn-roe-wade/
- Women's Health Protection Act
<https://www.amnestyusa.org/wp-content/uploads/2021/11/WHPAbill.pdf>
- Interactive Map of the Center for Reproductive Rights: [Abortion Laws by State - Center for Reproductive Rights](#)